

Sebastian Dullien

## Der Weg zu einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik

*Die SPD ist bislang die einzige Partei, die die Aufarbeitung der Wirtschafts- und Finanzkrise in Angriff genommen hat. Mit einem kohärenten wirtschaftspolitischen Konzept könnte es ihr gelingen, sich eine neue Machtperspektive zu erarbeiten.*

### Sebastian Dullien

(\* 1975) ist Professor für Allgemeine Volkswirtschaftslehre, insb. internationale Wirtschaft an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin. Mitautor des Buches »Der gute Kapitalismus« (transcript Verlag).

sebastian.dullien@htw-berlin.de



Schmerzhaft hat die jüngste Wirtschafts- und Finanzkrise vor Augen geführt, dass viele der ökonomischen und wirtschaftspolitischen Glaubenssätze der vergangenen Jahrzehnte falsch waren. Das grenzenlose Vertrauen in die sich selbst regulierenden Kräfte des Marktes hat sich als Ideologie ohne rationales Fundament erwiesen, die undifferenzierte Deregulierung möglichst vieler Märkte als schwerer Fehler. Die schnelle globale Verbreitung der Krise, der Kollaps des Welthandels und der Ruf auch der Unternehmen nach unverzüglichen Staatseingriffen ließen deutlich werden, dass selbst die wirtschaftlich Starken sich keinen schwachen Staat leisten können. Die Erfolge staatlicher Konjunkturpolitik sind der Beleg dafür, dass auch im Zeitalter der Globalisierung und der immer bedeutenderen internationalen Finanzmärkte Nationalregierungen – zumindest wenn sie sich international zusammenschließen – nicht handlungsunfähig sind.

Für die Wirtschaftspolitik erweist sich die Krise somit als Herausforderung, aber auch als Chance: Eine Herausforderung, weil aus alten Bahnen und Erklärungsmustern heraus umgedacht werden muss. Eine

Chance, weil neue wirtschaftspolitische Leitlinien nicht mehr gegen das Credo verteidigt werden müssen, dass der Markt immer Recht hätte und Staatseingriffe per se schlecht wären.

### Für ein Umdenken gut aufgestellt

Im Prinzip ist für ein solches wirtschaftspolitisches Umdenken die SPD besonders gut aufgestellt, ist doch historisch der Ansatz der Sozialdemokratie, die marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit und Stabilität zu verbessern, nicht aber komplett abzuschaffen.

Fünf Lehren aus der Krise sind dabei zentral, die in der wirtschaftspolitischen Debatte in den vergangenen Jahrzehnten vernachlässigt wurden:

*Verteilungsgerechtigkeit und Wachstum sind keine Gegensätze.* Lange Zeit haben Ökonomen verkündet, für ein robustes Wirtschaftswachstum müsse mehr Ungleichheit in Kauf genommen werden – mehr Unterschiede bei den Lohneinkommen, weniger Umverteilung durch Steuern. Die jüngste Krise hat jedoch gezeigt, dass wachsende Ungleichheit innerhalb der Länder ein Stabilitätsrisiko für das ganze Wirtschaftssystem ist. In den USA bestand eine der Ursachen für die Krise darin, dass die breite Mittelschicht nur über zunehmende Verschuldung jene Konsumnachfrage generieren konnte, die für ein akzeptables Wirtschaftswachstum notwendig

war. Die deutsche Konsumschwäche, eine direkte Folge der stagnierenden Löhne in Deutschland und der stärker werdenden Ungleichverteilung von Einkommen, ist einer der Gründe, warum das deutsche Bruttoinlandsprodukt in der Krise stärker eingebrochen ist als in Ländern wie den USA oder Frankreich: Es fehlte einfach an einer inländischen Wachstumsquelle, die den Exportkollaps hätte ausgleichen können. Auch für die Krise in Südeuropa ist die deutsche Konsumschwäche ein wichtiger Faktor: Weil die Nachfrage aus Europas größter Volkswirtschaft zu schwach ist, fällt es dem Rest der Euro-Zone schwer, aus den Schuldenproblemen herauszukommen.

Kurzgesagt: Verteilungsgerechtigkeit muss als notwendige Bedingung für nachhaltiges Wachstum angesehen werden, nicht als Hindernis für Wirtschaftswachstum.

*Eine langfristige Wachstumspolitik braucht kurzfristige Konjunkturpolitik.* Die jüngste Krise hat gezeigt, dass eine konzentrierte und gezielte Konjunkturpolitik dazu beitragen kann, das Ausmaß einer Krise zu begrenzen und schnell wieder zu Wirtschaftswachstum zurückzukehren. Eine solche Politik kann verhindern, dass durch steigende Arbeitslosigkeit und Unternehmenspleiten nachhaltig Strukturen zerstört werden, die für Innovationen und neues Wirtschaftswachstum zentral sind. Klug eingesetzte Konjunkturpolitik ist damit ebenfalls notwendige Voraussetzung für eine langfristige Verbesserung des Lebensstandards.

*Stabilisierungspolitik und Haushaltskonsolidierung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.* Die Erfahrung mit der Sanierung der öffentlichen Haushalte zwischen dem Jahr 2005 und dem Ausbruch der Krise 2008 im Vergleich zu den erfolglosen Versuchen der Konsolidierung nach 2001 zeigt, dass Wirtschaftswachstum zentral ist, um die Staatsfinanzen in den Griff zu bekommen. Eine schnelle und wirk-

same Konjunkturpolitik verhindert das Abgleiten in eine längere Phase fallender oder stagnierender Wirtschaftsleistung, wie Deutschland sie nach dem Jahr 2001 erlebt hat. Selbst wenn dafür kurzfristig eine höhere Verschuldung in Kauf genommen wird, verbessert eine solche Politik mittel- und langfristig die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen.

*Die europäische Perspektive muss mitgedacht werden.* Wie die vergangenen Jahre gezeigt haben, funktioniert Konjunkturpolitik am besten im Verbund. Zugleich sind viele Ziele wie die Finanzmarktregulierung nur auf europäischer Ebene sinnvoll zu erreichen. Eine Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit ist dabei die Stabilität der europäischen Währungsunion. Wirtschaftspolitik muss deshalb die europäische Komponente immer mitdenken – zum einen, indem geprüft wird, in welchen Fällen ein koordiniertes Vorgehen mit den europäischen Partnern zielführender ist als ein nationaler Alleingang, zum anderen, indem die Europäische Währungsunion aktiv stabilisiert wird, um einen grenzüberschreitenden Koordinations- und Handlungsrahmen zu erhalten.

*Ökologischer Umbau der Industriegesellschaft und wirtschaftlicher Fortschritt sind kein Gegensatz.* Neben den Problemen im Finanzsektor war ein wichtiger Grund der Wirtschaftskrise 2008/09 der vorangegangene rapide Anstieg der Ölpreise. Die hohen Energiekosten haben Verbraucher und Unternehmen belastet und somit Konsum und Investitionen gedämpft. Dieser Effekt wäre viel schwächer ausgefallen, wenn die Ablösung von herkömmlichen Energieträgern weiter fortgeschritten gewesen wäre. Damit wird auch der ökologische Umbau der Industriegesellschaft zum Imperativ für die Wirtschaftspolitik: Er generiert zum einen Märkte der Zukunft und damit eine Nachfrage, die nachhaltiges Wohlstandswachstum garantiert. Zum anderen hilft er, die deutsche Wirtschaft vor äußeren

Schocks, etwa bei Energie- und Rohstoffpreisen zu schützen.

### **Fundament einer neuen Machtperspektive?**

Die SPD ist bislang die einzige Partei Deutschlands, die sich aktiv an die Aufarbeitung der Wirtschaftskrise und an die Debatte über die Schlussfolgerungen für die Wirtschaftspolitik der Zukunft gemacht hat. Mit dem auf Initiative von Parteichef Sigmar Gabriel eingesetzten wirtschaftspolitischen Rat hat die Partei derzeit ein Beratergremium an der Hand, das seinesgleichen in anderen Parteien sucht. Über die nächsten Monate wollen die SPD-Gremien und die SPD-Basis in Zusammenarbeit mit dem Rat die Grundzüge der künftigen Wirtschaftspolitik der SPD erarbeiten. Dabei geht es zunächst um sehr grundsätzliche Fragen: Wie viel Markt ist richtig? Wo ist es sinnvoll, die Marktkräfte zum Wohle der Bevölkerung arbeiten zu lassen, wo überwiegen destruktive Kräfte? Die Antworten auf diese Fragen müssen dann in konkrete Politikziele umgesetzt werden.

Die Entwicklung einer neuen sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik muss somit aufgrund der Komplexität der Fragen als Prozess gesehen werden, der kaum in wenigen Wochen abgeschlossen sein wird. Dabei muss sich auch eingestanden werden, dass einzelne Politiken der SPD nach elf Jahren Regierungsbeteiligung im Bund möglicherweise nicht der Weisheit letzter Schluss gewesen sind. Wie könnte man von der SPD erwarten, alles im Voraus gewusst zu haben, wo nur einzelne Ökonomen in den Jahren vor der Krise die Sollbruchstellen des Systems richtig benannten? Gleichzeitig kann sich die SPD als größte Oppositionspartei natürlich nicht erlauben, über ganz konkrete und akute Politikfragen, wie etwa den Euro-Rettungsschirm oder den richtigen An-

satz zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, zu schweigen, sondern muss konstruktive Vorschläge für drängende Probleme anbieten.

Das Diskussionspapier »Mit neuen Investitionsimpulsen aus der Krise«, das auf der wirtschaftspolitischen Konferenz im April in Berlin vorgestellt wurde, versucht, diesen Spagat umzusetzen: Es werden kurzfristige Maßnahmen vorgeschlagen, die den Pfad zu langfristigen Zielen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik weisen. Gleichzeitig werden noch ausstehende Erkenntnisse über die sinnvollen Grenzen des Marktes und die Grenzen der Staatstätigkeit in der Wirtschaft nicht vorweggenommen.

So wird eine europäisch koordinierte Erhöhung der öffentlichen Investitionen vor allem in Bildung und Forschung gefordert, um gemeinsam die Konjunktur zu stabilisieren, Innovation zu fördern und Ungleichheit entgegenzuwirken. Als Einstieg in die Haushaltskonsolidierung und als Element des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft sollen umweltschädliche Subventionen und Privilegien der Atomwirtschaft gestrichen, mit Instrumenten wie staatlichem Wagniskapital ökologische Innovationen erleichtert und Exzesse der Finanzmärkte durch stärkere Regulierung eingedämmt werden.

Die große Depression in den 30er Jahren hat das wirtschaftspolitische Denken für das nächste halbe Jahrhundert umgeworfen. Auch wenn die jüngste Krise zum Glück nicht das Ausmaß der großen Depression erreicht hat, zeichnet sich global ein massives Umdenken in der Wirtschaftspolitik ab. Die SPD hat mit der neuen Debatte die Chance, in Deutschland die wirtschaftspolitische Avantgarde zu bilden. Nutzt sie die Chance, kann sie das Fundament für eine mittel- und langfristige Machtperspektive schaffen. Verspielt sie die Chance, braucht sie sich über wachsende Enttäuschung der Wähler nicht zu wundern.